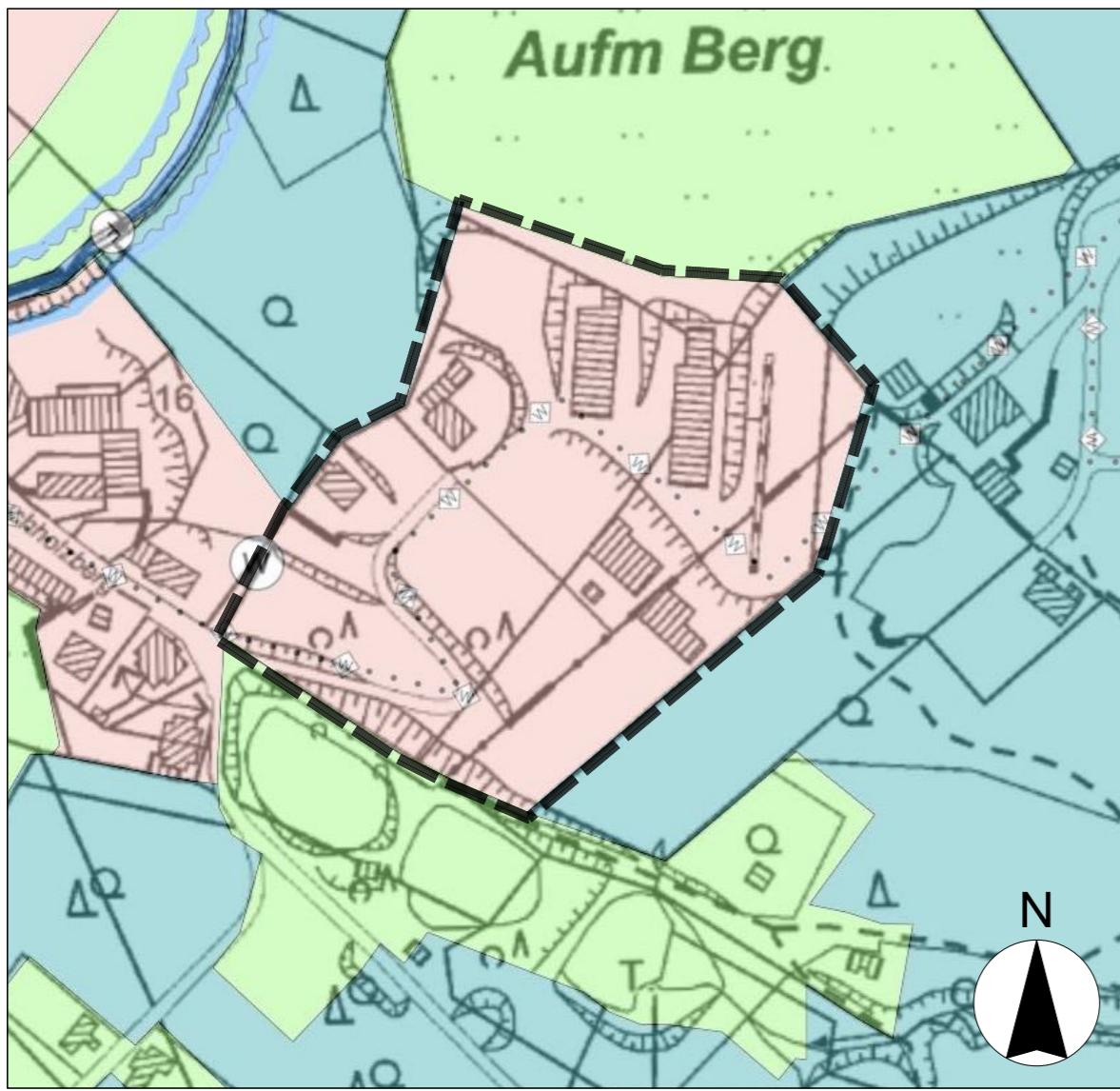


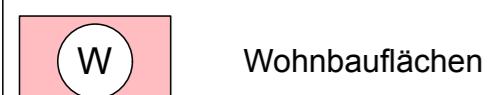
Rechtswirksamer Flächennutzungsplan (Stand 2009)



Kartengrundlage: Geodatenmanagement Rheinisch-Bergischer Kreis

Planzeichenerklärung

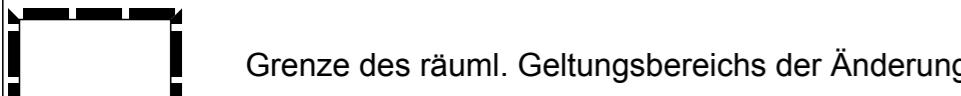
Bauflächen und Baugebiete



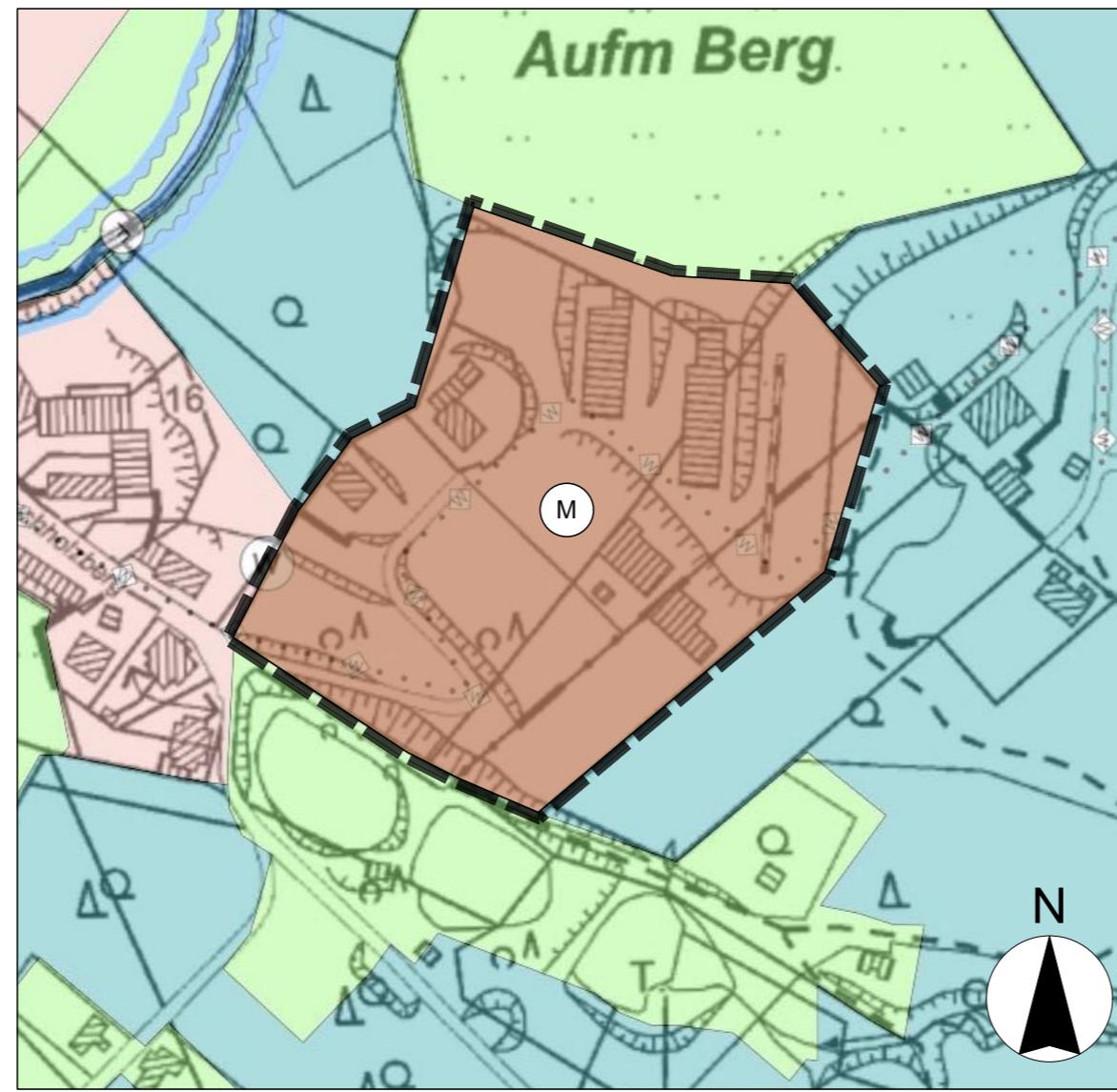
Flächen für die Landwirtschaft und Wald



Nachrichtliche Übernahmen, Kennzeichnungen und Hinweise



19. Änderung des Flächennutzungsplanes



Kartengrundlage: Geodatenmanagement Rheinisch-Bergischer Kreis

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist

Baunutzungsverordnung (BauNVO), Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV), Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitplänen und die Darstellung des Planinhaltes vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

Raumordnungsgesetz (ROG) in der Fassung vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) in der Fassung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), die zuletzt durch Gesetz vom 31. Oktober 2023 (GV. NRW. S. 1172) geändert worden ist

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. 1994 S. 666), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GV. NRW. S. 136) geändert worden ist

Verfahrensvermerke

Aufstellung

Dieser Plan wurde aufgrund des Aufstellungsbeschlusses des Bau- und Planungsausschusses vom _____ gemäß § 2 (1) BauGB aufgestellt. Dieser Beschluss wurde am _____ ortsüblich bekannt gemacht.

Kürten, den _____. Bürgermeister

Frühzeitige Behördenbeteiligung

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurden gemäß § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom _____ von den wesentlichen Zielen und Zwecken der Planung unterrichtet und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert.

Kürten, den _____. Bürgermeister

Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss

Dieser Plan wurde als Entwurf am _____ gemäß § 3 (2) BauGB vom Bau- und Planungsausschuss zur öffentlichen Auslage beschlossen

Kürten, den _____. Bürgermeister

Offenlage und Behördenbeteiligung

Dieser Plan und seine Begründung haben gemäß § 3 (2) BauGB in der Zeit vom _____ bis einschließlich _____ öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung wurden am _____ ortsüblich bekannt gemacht. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom _____ von der Offenlegung benachrichtigt und zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Kürten, den _____. Bürgermeister

Änderungsbeschluss

Der Flächennutzungsplan wurde zusammen mit der Begründung durch den Rat der Gemeinde Kürten am beschlossen.

Kürten, den _____. Bürgermeister

Genehmigung

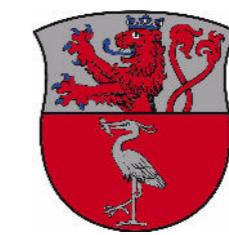
Dieser Plan und die Begründung wurden gemäß § 6 (1) BauGB der Bezirksregierung Köln am _____ zur Genehmigung vorgelegt. Der Plan wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom _____ (AZ. _____) gemäß § 6 (1) BauGB genehmigt.

Kürten, den _____. Bezirksregierung Köln

Bekanntmachung

Nach Beendigung des Genehmigungsverfahrens wurde dieser Plan mit der Begründung gemäß § 6 (5) BauGB am _____ mit der Angabe des Ortes, wo der Plan eingesehen werden kann, durch ortsübliche Bekanntmachung in Kraft.

Kürten, den _____. Bürgermeister



Gemeinde Kürten

19. Flächennutzungsplanänderung Buchholzberg

Maßstab 1:2000

Stand: 08.07.2025

Plangröße DIN A2 (841 x 594 mm)

Entwurf für die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden (gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB)

